



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienkonferenz

Bern, 23. November 2018

Sendesperfrist Freitag, 23.11.2018, 11.00 Uhr

Vania Alleva, Präsidentin Unia

System Zalando und Amazon: Lohndumping im Onlinehandel

Die Marktanteile des Onlinehandels wachsen auf Kosten des herkömmlichen Handels stetig. Die Arbeitsbedingungen im gesamten, mit dem Onlinehandel eng verbundenen Logistikbereich sind sehr schlecht und kaum geregelt. Fernab jeder sozialen Verantwortung tragen wichtige Akteure in diesem Markt die Verantwortung für Lohn- und Sozialdumping.

Obwohl die Branche boomt, ist über die Arbeitsbedingungen im Online- und Versandhandel relativ wenig bekannt. Eine Unia-Umfrage unter den Beschäftigten aus dem Jahr 2017 zeigte, dass hier grosser Handlungsbedarf besteht: Die grosse Mehrheit (87%) der Teilnehmenden wünscht sich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die wichtigsten Themen sind: faire Löhne, planbare und familienfreundliche Arbeitszeiten, besserer Gesundheitsschutz, mehr Ferien.

Zalando: Dumping mit Subunternehmen

Nehmen wir das Beispiel Zalando: Der Anteil der Schweiz am gesamten Zalando-Umsatz in den deutschsprachigen Ländern beträgt 25 Prozent. Dies, obwohl die Schweiz gerade mal acht Prozent der Bevölkerung in dieser Region ausmacht. Jedes Jahr gewinnt Zalando zusätzliche Marktanteile dazu – seit 2012 hat das Unternehmen seinen Umsatz in der Schweiz auf 685 Mio. Franken vervierfacht.

Das rasante Wachstum basiert auch auf der Ausbeutung der Arbeitnehmenden. Arbeit auf Abruf, Temporärarbeit und Gesundheitsschäden sind gang und gäbe bei den Schweizer Unternehmen, die mit der Bearbeitung der Retouren von Zalando beauftragt sind. Dazu einige Fakten, die wir ans Licht gebracht haben: Das Zalando-Subunternehmen MS Direct in Arbon (TG) zahlt miese Löhne von 19.10 Franken brutto, inklusive Ferien- und Feiertagsentschädigung. Bei Ingram Micro in Rothrist (AG), wo ebenfalls Retouren verarbeitet werden, sind es gar 18 Franken. Die Angestellten arbeiten oft auf Abruf und stehen unter enormem Zeitdruck, so dass nicht einmal Zeit bleibt, um aufs Klo zu gehen. Das ist unwürdig.

Die Gewerkschaft Unia und die Beschäftigten forderten dieses Jahr mit einer Aktion und einer Petition bessere Arbeitsbedingungen und anständige Mindestlöhne bei den Zalando-Subunternehmen in der Schweiz. Die Petition mit über 2'000 Unterschriften wurde direkt an die Zalando-Direktion in Berlin geschickt. Bis heute haben die Unia und die Arbeitnehmenden keine Antwort von Zalando bekommen.

Amazon: Lohndruck auf der letzten Meile

Nun drängt mit Amazon ein weiterer grosser Konzern auf den Schweizer Markt, der den Detailhandel konkurrenziert, die Logistikbranche aufmischt und für miserable Arbeitsbedingungen berüchtigt ist. Amazon will künftig auch jene Sortimente, die bislang nicht hierher geliefert wurden, sukzessive in die Schweiz liefern. Der angekündigte Markteintritt ist aber wenig transparent. Es gibt einen Deal mit der Post über die Verzollung, aber es ist nicht bekannt, was dieser Deal genau beinhaltet. Wir wissen auch nicht, wie mit den Retouren umgegangen wird. Wir müssen davon ausgehen, dass Amazon, ähnlich wie Zalando, diese Arbeiten an Subunternehmen auslagern, wie dies auch in Deutschland der Fall ist.

In Deutschland arbeitet Amazon mit Subunternehmen für die letzte Meile, Dumpinglöhne und prekäre Arbeitsbedingungen inklusive. Sogar sogenannte «selbständige Fahrer/innen» sind im Einsatz unter dem Motto: «Volle Flexibilität bei null Absicherung». Wir sprechen hier von einer Uberisierung der Branche. Das heisst, dass die Angestellten immer mehr arbeiten, aber immer weniger ihre Rechte einfordern können und sogar zu illegaler Scheinselbständigkeit gezwungen werden.

Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen ist zwingend

Die Konsequenz ist, dass grossen Player im Onlinehandel mit solchen Dumping-Strategien sowohl den Detailhandel massiv unter Druck setzen, als auch die Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche auf breiter Front verschlechtern. Sie setzen ihre Marktmacht nicht nur gegen Konkurrenten ein, sondern auch gegen die Arbeitnehmenden, die massiv unter Druck gesetzt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der ganzen Prozesskette und insbesondere auf der letzten Meile (und im Fall der Retouren den gleichen Weg wieder zurück) einem Dumping-Kampf der Online-Giganten ausgesetzt werden.

Es braucht eine soziale Digitalisierung statt staatliches Dumping

In diesem Zusammenhang müssen wir entschieden intervenieren, wenn der Staat oder staatsnahe Unternehmen dieses Lohndumping nicht bekämpfen, sondern direkt oder indirekt fördern und somit der Allgemeinheit schaden. Letztes Jahr haben wir uns erfolgreich gegen die Kooperation von SBB und Post mit Uber gewehrt. In der Zwischenzeit hat die Post den Kurierdienst Notime aufgekauft, welcher seine Marktmacht auf Kosten seiner Kurier/innen erreicht hat, welche zwei Jahre als Scheinselbständige arbeiten mussten. Die staatsnahen Unternehmen müssen dazu beitragen, dass die Digitalisierung eine soziale wird. Dass nun die PostCom zum ersten Mal in der Schweizer Geschichte einen staatlichen Mindestlohn festsetzt, welcher schlicht und einfach nicht zum Leben reicht, ist ein Skandal, den die Unia mit allen Mitteln bekämpfen wird.